

Wie viel soll das neue Landratsamt kosten?

Landrat Thomas Eichinger (CSU) hatte zuletzt 100 Millionen Euro plus X genannt.
Die Grünen erneuern ihre Kritik an dem Projekt.

Von Thomas Wunder

Landberg Wie viel wird das neue Landratsamt im Landberger Ostentan kosten? Diese Frage soll am Dienstag in der Sitzung des Kreisausschusses (Beginn 15 Uhr) beantwortet werden. Vor allem die Finanzierung des Projekts und deren Auswirkungen auf den Schuldenstand des Landkreises und die Belastung der Kommunen über die Kreisumlage stoßen auf Kritik.

Mitte April war der Entwurfsplan für den Neubau des Landratsamts im Stadtrat genehmigt worden. Doch auch wenn es in der Sitzung eigentlich nur um baurechtliche Fragen gehen sollte, wurde vereinzelt Kritik an den Kostenlaut und die Frage gestellt, ob der Neubau in dieser Größenordnung noch zeitgemäß ist. Auch im Kreistag waren diesbezüglich immer wieder kritische Töne zu hören. Jetzt soll dem Kreisausschuss eine erste Kostenberechnung vorgelegt werden. Ende Juni wird sie dem Kreistag vorgestellt.

Bei den zu erwartenden Kosten sprach Landrat Thomas Eichinger Mitte April gegenüber unserer Re-

daktion von einer Summe von 100 Millionen Euro plus X. Es seien aber auch nicht 150 Millionen Euro, wie er betonte. Das Projekt soll allein über Kredite finanziert werden, mit einer Laufzeit von 30 bis 40 Jahren. Die Tilgungsleistung pro Jahr betrage zwei Punkte Kreisumlage, also rund vier Millionen Euro. Die aus seiner Sicht notwendige Erhöhung der Kreisumlage sei für Stadt, Märkte und Gemeinden nur in den ersten Jahren eine Herausforderung, aufgrund der Steigerung der Umlagekraft und der Inflation werde dies abgemildert. Denn der Landkreis sei leistungsstark. In den vergangenen zehn Jahren habe er seine finanzielle Leistungsfähigkeit (Umlagekraft) nahezu verdoppelt.

In der Sitzung des Kreisausschusses am Dienstag geht es im Anschluss an die Vorstellung der Kostenberechnung um die Gründung eines Kommunalunternehmens im Bereich Hochbau. Denn nach Ansicht von Landrat Eichinger lässt sich der Neubau des Landratsamts mit einem kommunalunternehmerischen Ansatz umsetzen. Seit September war deswegen im Landratsamt mit Hoch-

druck die Gründung vorbereitet worden. Die Planungen sehen vor, beim Personal auf Synergien zu setzen. Es werde nicht zwei eigene Mannschaften geben, „die völlig unabhängig voneinander losmarschieren“, hatte Eichinger Ende September im Kreisausschuss gesagt. Generell habe es ein kommunalunternehmen zudem leichter, auf dem Arbeitsmarkt fündig zu werden als der öffentliche Dienst.

Öffentliche Kritik an dem Projekt kommt vom Kreisverband der SPD und der Kreistagsfraktion der Grünen. So fordern die Grünen in einer aktuellen Pressemitteilung, die nicht finanzierbare und damit unrealistische Planung des Erweiterungsbaus des Landratsamts umgehend zu stoppen. Der Landratsamt-„Neubau“ berge enorme finanzielle Risiken.

Die benötigten 100 Millionen Euro müssten von der Stadt und den Landkreiskommunen aufgebracht werden und fehlten für deren zentrale Aufgaben. Bereits jetzt müssen die Gemeinden mehr als die Hälfte ihrer Steuereinnahmen über die Kreisumlage (53 Prozent) an den Kreis abführen. Für die kommenden Jahre sei eine weitere

Erhöhung auf 56 Prozent Kreisumlage in der Finanzplanung vorsehen. Doch bei einem derart kostspieligen Bauvorhaben wird auch dieser erhöhte Satz nicht ausreichen, so die Kreistagsfraktion der Grünen.

Da sich die tatsächlichen Verhältnisse aus Sicht der Grünen seit der Planung massiv geändert haben, müsse die Planung überarbeitet werden. Ein erster Schritt wäre eine fundierte Raumbedarfsuntersuchung unter Berücksichtigung moderner Arbeitsweisen wie Homeoffice, Online-Meetings und geteilte Arbeitsplätze sowie fortschreitende Digitalisierung. Als nächster Schritt sei die schlechende Umpassung von einem reinen Erweiterungsbau zu einem eigenständigen neuen Landratsamt rückgängig zu machen.

Einen weiteren Sitzungssaal brauche der Kreis nicht, auch ein weiteres Büro für den Landrat sei unnötig. Renate Standfest, Grüne Fraktionsvorsitzende im Kreistag: „Wenn wir unser bestehendes Landratsamt sinnvoll modernisieren und konsequent zu einem zentralen „Bürger-Amt“ ausbauen, das im wahrsten Sinne des Wortes

bürgernah ist, benötigen wir nur einen deutlich bescheideneren Erweiterungsbau statt ein „Prestigeobjekt Lechkessel.“

In ihrer Pressemitteilung üben die Grünen auch Kritik an der Informationspolitik des Landratsamts: „Leider können wir als Kreisräte uns nicht solide auf Basis von Zahlen, Daten und Fakten darauf vorbereiten, da Informationen erst in der Sitzung verfügbar sind.“ Für eines der größten Bauvorhaben des Landkreises hält die Fraktion die späte Bekanntgabe der detaillierten Zahlen für eine grobe Missachtung des demokratisch legitimierten Kreisausschusses.

Auch der Bund der Steuerzahler Bayern beschäftigt sich mit dem Neubau des Landratsamts und bittet den Landrat um die Beantwortung einiger Fragen. Unter anderem, warum der Landkreis angesichts der deutlich gestiegenen Kosten an dem Projekt festhalten möchte. Zudem fragt Vizepräsidentin Maria Ritsh wie Landrat Thomas Eichinger das Kosten-Nutzen-Verhältnis des geplanten Neubaus im Vergleich zu einer Erweiterung des bestehenden Gebäudes sieht. **Kommentar**

Zustimmung zum Neubau schwindet



Von Thomas Wunder

100 Millionen plus X. Diese Zahl nannte Landrat Thomas Eichinger (CSU) gegenüber unserer Redaktion, als er nach den Kosten für den Neubau des Landratsamts gefragt wurde. Jetzt wird im Kreisausschuss die Kostenberechnung vorgestellt. Danach wird sich entscheiden, ob der Landrat für das umstrittene Projekt eine Mehrheit hinter sich weiß.

~~Bei den Haushaltsberatungen~~
Anfang Februar war deutlich geworden, dass sich der Landrat einer breiten Mehrheit nicht mehr sicher sein kann. Innerhalb der meisten Fraktionen wird ein Neubau zwar als notwendig erachtet, allerdings sollte über deutliche Einsparungen nachgedacht werden. Diese Erkenntnis hat sich offenbar nicht nur bei den bisherigen Kritikern durchgesetzt, sondern mittlerweile auch bei einigen Kreisrätinnen und Kreisräten, die bislang keine Einwände gegen die architektonischen und finanziellen Pläne geltend gemacht haben, auch aus den Reihen der CSU.

Interessant wird dabei zu beobachten sein, wie sich die Oberbürgermeisterin und die Bürgermeister im Kreistag positionieren werden. Denn Stadt, Märkte und Gemeinden werden über die Kreisumlage zur Kasse gebeten, wenn die Zinsen für die Kredite fällig werden. Schön jetzt ächzt manche Kommune unter der lokalen Steuerlast.

Innerhalb der Bevölkerung herrscht vielerorts das Gefühl vor, dass das neue Landratsamt zu groß, zu protzig und zu teuer gebaut wird. Jetzt scheint auch die breite Zustimmung im Kreistag zu schwinden. Doch vielleicht macht sich nun ja bezahlt, dass der Landrat neben CSU-Frau Margit Horner-Spindler drei weitere Stellvertreter aus den Reihen von SPD, UBV und Freien Wählern hat.